



Ist Bio besser für die Gesundheit?

Neuer EU-Bericht aus Brüssel

Zu den wichtigsten Gründen für den Kauf von Bio-Lebensmitteln nennen Kunden regelmäßig eine gesunde Ernährung. Ein neuer EU-Bericht beweist: Bio hilft, Gesundheitsrisiken zu vermeiden und sollte politisch gefördert werden.

Alle Jahre wieder bekommen wir Artikel serviert wie „Das Märchen vom guten Bio-Essen“ im Stern oder „Wer ‚bio‘ kauft, fühlt sich besser. Gutes tut er nicht“ in der Welt. Sie sollen wohl den Nerv von Lesern treffen, die ihre Vorbehalte pflegen, ohne sich zu informieren. Allerdings kann angesichts wissenschaftlicher Fakten heute niemand mehr ernsthaft bestrei-

ten, dass Bio besser ist für Wasser, Böden und Artenvielfalt. Auch für andere wichtige Bio-Kaufgründe wie artgerechte Tierhaltung, geringe Schadstoffbelastung und den weitgehenden Verzicht auf Zusatz- und Verarbeitungshilfsstoffe gibt es handfeste Daten. Komplizierter wird es mit dem Nachweis von Vorteilen von Bio für die Gesundheit. Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments hat dazu im Dezember 2016 den Bericht **„Der Einfluss von Bio-Lebensmitteln und ökologischer Landwirtschaft auf die menschliche Gesundheit“** veröffentlicht. Wissenschaftler aus Schweden, Frankreich, Dänemark, Polen und den USA haben dafür

zahlreiche Studien ausgewertet und zusammengefasst. Das Besondere: sie beleuchten nicht nur den Einfluss auf die individuelle Gesundheit eines Menschen, sondern auch die Bedeutung der ökologischen Wirtschaftsweise für gesunde und umweltfreundliche Ernährungssysteme, die internationale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation WHO und die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO fordern.

Weil der direkte Einfluss auf die Gesundheit aus Sicht der Konsumenten so hohen Stellenwert hat, fasst der EU-Bericht zunächst die bisher bekannten gesundheitsfördernde Wir-

kungen zusammen: dazu zählen zahlreiche Hinweise auf ein niedrigeres Allergierisiko bei Kindern sowie auf ein geringeres Risiko für Non-Hodgkin-Lymphome, Übergewicht und Fettleibigkeit bei Erwachsenen. Bio-Milch und Bio-Fleisch enthalten mehr gesundheitsfördernde Omega-3-Fettsäuren. Viele Studien belegen auch einen höheren Gehalt an Polyphenolen und anderen antioxidativ wirkenden sekundären Pflanzeninhaltsstoffen. Aufgrund des Verzichts auf chemisch-synthetische Phosphatdünger enthält Bio weniger giftiges Cadmium, insbesondere Getreide. Massiv geringer sind die Pestizidrückstände. Epidemiologische Untersuchungen wiesen auf negative Folgen bestimmter Insektizide auf die geistige Entwicklung bei Kindern hin. „Solche Risiken können mit ökologisch erzeugten Produkten, vor allem während der Schwangerschaft und im Kleinkindalter, minimiert werden“, heißt es in dem Brüsseler Bericht. Eine verstärkte Bio-Produktion und mehr Konsum von Bio-Produkten in der EU würden die Gefährdung durch Pestizide und Folgekosten für die Gesellschaft verringern, die laut einer neueren Studie bisher deutlich unterschätzt werden.

Als weiteren gesundheitlichen Vorteil nennt der Bericht den stark eingeschränkten Einsatz von Antibiotika auf Bio-Höfen. „Die weit verbreitete Verwendung von Antibiotika in der konventionellen Tierhaltung ist eine der Hauptursachen für Antibiotika-Resistenzen bei Bakterien. Die Vorbeugung von Tierkrankheiten und ein restriktiver Einsatz von Antibiotika, wie sie in der ökologischen Haltung üblich sind, kann dieses Risiko minimieren – mit beträchtlichen Vorteilen für die öffentliche Gesundheit“, so das Fazit.

Bio als politische Lösung

Der Bericht fasst aber nicht nur Forschungsergebnisse zusammen, sondern leitet daraus Vorschläge für die Politik ab, wie Bio zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit, aber auch zu mehr Tierwohl, Ernährungssicherheit und zur Bewahrung der natürlichen Ressourcen beitragen kann. Gerade bei der Schädlingsbekämpfung und der Vermeidung von Antibiotika habe der Ökolandbau Methoden entwickelt, die die konventionelle Erzeugung übernehmen könnte.

Die Autoren nennen fünf Möglichkeiten für politisches Handeln in der EU, das ausgehend von ihrem Bericht denkbar wäre. Nummer 1 wäre Nichtstun – damit werde eine Chance

verpasst, wichtige öffentliche Gesundheitsprobleme anzugehen. Denn es gebe keine Anzeichen, dass der Einsatz von Pestiziden in der EU sinke, und Antibiotika-Resistenzen seien ein wachsendes Problem, trotz leichter Rückgänge beim Einsatz. Der hohe Cadmiumgehalt in konventionell gedüngten Böden könne sogar die Versorgung folgender Generationen gefährden.

In Variante 2 würden Strategien aus der Bio-Landwirtschaft stärker berücksichtigt, die für mehr Lebensmittelsicherheit insbesondere bei der Verringerung von Risiken durch Pestizide, Cadmium und Antibiotika sorgen. Die EU-Mitgliedsstaaten könnten außerdem für besonders mit Pestiziden belastete Obst- und Gemüsesorten die Bio-Variante empfehlen. Die politische Unterstützung des Ökolandbaus könnte in diesem Szenario teilweise als politische Unterstützung der EU-Politik zur Lebensmittelsicherheit betrachtet werden, heißt es im Bericht.

Im Szenario Nummer 3 erhalte der Biolandbau durch Investitionen in Forschung, Entwicklung und Beratung deutlich tatkräftigere Unterstützung aus Brüssel als bisher. Dadurch würden aus Sicht der Autoren Innovationen möglich, zum Beispiel im Pflanzenschutz, bei der Züchtung resistenter Sorten und robuster Tierrassen. Das würde nicht nur den ökologischen Landbau als Lieferant von hochwertigen Lebensmitteln voranbringen, sondern auch seine Rolle als Labor für nachhaltige und gesunde landwirtschaftliche Praktiken stärken. So könnten zum Beispiel neue, im Ökolandbau entwickelte Pflanzenschutzmaßnahmen später von der konventionellen Landwirtschaft aufgegriffen werden.

In ihrem vierten Vorschlag gehen die Autoren von der Tatsache aus, dass Kosten, die die Gesellschaft infolge von Pestizid- und Cadmium-Belastungen sowie Antibiotika-Resistenzen tragen muss, nicht im Preis für Pestizide, Dünger und Antibiotika enthalten sind. Daher wären finanzielle Instrumente denkbar, die entweder Praktiken unterstützen, die solche Kosten vermeiden oder Steuern und Abgaben für landwirtschaftliche Methoden, die gesellschaftliche Kosten verursachen. Als Ergebnis würden sich sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Bio-Landwirtschaft als auch die öffentliche Gesundheit verbessern.

Vorschlag Nummer 5 schließlich ist überschrieben mit „Nachhaltige Ernährungsgewohnheiten unterstützen“: da Informationen

erfahrungsgemäß wenig an den Konsumgewohnheiten ändern, könnte die Politik direkt über die Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schulen und Krankenhäusern Einfluss nehmen. Der Einsatz von Bio-Produkten würde gleichzeitig den Anteil an pflanzlichen Proteinen und Gemüse erhöhen, da mit viel Fleisch schnell der Kostenrahmen gesprengt werde. Im Sinne von Gesundheitsvorsorge und Nachhaltigkeit sei das sehr wünschenswert. Die EU-Institutionen könnten mit entsprechenden Richtlinien den Rahmen vorgeben.

Die Realität sieht weniger gesund aus: rund 60 Milliarden Euro fließen jedes Jahr als Direktzahlungen an Landbesitzer, ohne dass es nennenswerte Auflagen für Tierhaltung, Umwelt- oder Klimaschutz gibt. Der BÖLW und seine Mitgliedsverbände fordern daher in ihrem **Grundsatzpapier zur Bundestagswahl 2017** einen grundlegenden Umbau der europäischen Agrarpolitik. Subventionen gäbe es dann nur noch für eine Landwirtschaft, die Böden, Klima, Grundwasser und Artenvielfalt schützt und artgerechte Tierhaltung betreibt. BNN-Geschäftsführerin und BÖLW-Vorstandsmitglied Elke Röder schlägt zusätzlich vor, den Mehrwertsteuersatz für Bio-Lebensmittel von 7 auf 3,5 Prozent zu senken: „Politik muss Anreize so setzen, dass wertschöpfendes und umweltverträgliches Wirtschaften belohnt und umwelt- sowie sozialschädliche Praktiken stärker besteuert werden.“

Katja Niedzwezyk

EU-Bericht „Human Health Implications of Organic Food and Organic Agriculture“ (Englisch): [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/581922/EPRS_STU\(2016\)581922_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/581922/EPRS_STU(2016)581922_EN.pdf)

BÖLW-Grundsatzpapier zur Bundestagswahl 2017 „Mit Bio Wertschöpfung steigern & Nachhaltigkeitsziele erreichen“ (zu finden als Download auf: www.boelw.de)